

Der Reaganismus ist ausgereizt

Präsidentenwahlen '88 und politisches System der USA

Von Frank Unger

Der „Super-Tuesday“, eines der spektakulärsten Medienereignisse dieses Wahljahres, ist vorüber: am 8. März wurden in insgesamt 21 (vornehmlich südlichen) Staaten auf einen Schlag Vorentscheidungen über die Kandidatenaufstellung der beiden großen US-Parteien getroffen, und zwar in 17 Staaten für die Republikaner, in 20 Staaten für die Demokraten. Eigentliche Überraschungen hat es nicht gegeben: wie man erwarten konnte, ist bei den Republikanern eine Vorentscheidung gefallen, und zwar zugunsten von Vizepräsident Bush, bei den Demokraten dagegen hat sich eine eindeutige Führungsfigur weiterhin nicht herauskristallisiert. Gouverneur Dukakis aus Massachusetts, Senator Gore aus Tennessee und der Kandidat der „National Rainbow Coalition“, Reverend Jesse Jackson, liegen etwa gleichauf an der Spitze. Von besonderer symbolischer Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß es Jackson gelungen ist, die Delegierten des Gründungsstaats Virginia, der Heimat Thomas Jeffersons, für sich zu gewinnen. Doch gilt unter den sogenannten Experten als ausgemacht, daß weder Jackson eine echte Chance hat, auf dem Parteikonvent der Demokraten zum Kandidaten gekürt zu werden, noch einer der übriggebliebenen fünf demokratischen Mitbewerber, die sich bis jetzt dem Vorwahlspektakel ausgesetzt haben, bei den Präsidentenwahlen im November eine ernsthafte Herausforderung für seinen republikanischen Gegner wäre.

„Das großartigste Kunstwerk der westlichen Hemisphäre“

Ernst Fraenkel nannte in seinem 1960 erschienenen Buch „Das amerikanische Regierungssystem“ die Vereinigten Staaten von Amerika „das großartigste Kunstwerk, das die westliche Hemisphäre hervorgebracht hat“¹⁾, womit er ihr konstitutionelles System meinte und dessen Eigenschaft, „demokratisch“ und „stabil“ zugleich zu sein. Man kann es auch so ausdrücken wie der amerikanische Wahlsoziologe Walter Dean Burnham, der schrieb, daß „die Bourgeoisien der ganzen Welt eine Menge dafür geben würden, wenn sie die Art politischer Kultur, wie sie in den USA herrscht, in ihre jeweiligen Länder verpflanzen könnten“²⁾. Burnham meinte damit die souveräne Art und Weise, in der es dem hegemonialen Eigentümerinteresse bisher stets gelang, Herausforderungen an seine uneingeschränkte Vorherrschaft beinahe ohne jede staatsterroristische Gewalt zurückzuweisen und aus jeder noch so bedrohlich erscheinenden Krise innerlich und äußerlich gestärkt hervorzugehen. Dieser „kunstfertige Mechanismus“ des amerikanischen Systems erscheint – zumindest in diesem Jahrhundert – vornehmlich in den Statistiken der *Wahlbeteiligung*. Es läßt sich

1) Ernst Fraenkel, Das amerikanische Regierungssystem, Opladen 1981 (4. Auflage), S. 347.

2) Walter Dean Burnham, The Current Crisis in American Politics, New York 1982, S. 196.

mit den Mitteln der Wahlstatistik zeigen, daß der nationale „Ruck nach rechts“, den die sogenannten „Erdrutsch-Siege“ der Republikaner mit ihrem Kandidaten Ronald Reagan 1980 und 1984 angeblich zum Ausdruck gebracht haben, keineswegs einem massenhaft geäußerten Meinungsumschwung in der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung entsprach. Im Grunde hatte Reagan nicht mehr Stimmen erhalten als die meisten anderen republikanischen Kandidaten der letzten fünfzig Jahre – seine „überwältigenden Siege“ ergaben sich daraus, daß große Teile der „Stammwähler“ der Demokraten auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichteten, gewissermaßen gegenüber „ihrer“ Partei in den Streik traten. So kam es, daß beispielsweise im Jahr 1980, als der „unabhängige“ Drittkandidat John Anderson eine gewisse Rolle spielte, Reagan mit den Stimmen von gerade einem Fünftel der wahlberechtigten US-Bürger zum Präsidenten gewählt wurde.

Darüber ist nach beiden Wahlen einiges geschrieben worden; in der Regel wurden die Niederlagen der Demokraten personalisierend den „schwachen“ Gegenkandidaten Reagans, nämlich Carter und Mondale, zugeschrieben. Die Frage ist aber, ob nicht eine gewisse systemimmanente Logik darin zu sehen ist, daß gerade, als es gegolten hätte, bestimmte, mit den 60er Jahren begonnene Entwicklungen innenpolitisch demokratischer und außenpolitisch anti-interventionistischer Art zu konsolidieren und gegen den Widerstand eines auf „Behauptung“ (national wie international) insistierenden Establishment fortzusetzen, die am Ende aufgestellten Kandidaten der Demokratischen Partei – der „Anti-Establishment-Partei“ – von alledem nichts mehr wissen wollten und – kaum unterscheidbar vom republikanischen Gegen-Kandidaten – plötzlich auch vom „versklavenden Wohlfahrtsstaat“ und „Amerikas wiederzugewinnendem Behauptungswillen“ redeten. All das scheint darauf hinzudeuten, daß in den USA nicht die Präsidentschaftswahlen die Richtung der Politik bestimmen, sondern umgekehrt die Richtung der Politik über den Ausgang von Präsidentschaftswahlen entscheidet. Wer aber bestimmt die Richtung der Politik?

Das Prinzip des „vernünftigen Konsenses“

Viel stärker als in den parlamentarischen Demokratien Westeuropas, in denen unterschiedliche politische Grundpositionen schon optisch in den Sitzordnungen der Parlamente zum Ausdruck gebracht und damit als legitim vorgeführt werden, gilt in den USA das Prinzip des „vernünftigen Konsenses“, der „bipartisan“ (überparteilich) zu sein hat. Die amerikanische politische Kultur kennt keine legitimen Klassen- oder Gruppeninteressen jenseits des „nationalen Interesses“ – oder anders gesagt, die neben dem „nationalen Interesse“ existierenden abweichenden Vorstellungen oder Interessen gelten – auch wenn sie noch so zahlreich vertreten werden – als „special interest“ (d. h. als rein kurzfristig-egoistisches Sonderinteresse) oder gar als „unamerikanisch“ (d. h. als moralisch-religiöse Häresie).

Das rührt historisch daher, daß die politischen Institutionen der USA sich nicht aus der Auseinandersetzung zwischen überkommener feudaler Städtevertretung und organisierten bürgerlichen und kleinbürgerlich-proletarischen Partizipationsinteressen entwickelten, sondern als politische Regulierungs- und Regierungsmechanismen von einer relativ weit gefaßten, unter sich gleichberechtigten und in ihrer Hegemonie unangefochtenen bürgerlichen „Herrenklasse“ sich selbst verordnet wurden. In der Geschichte dieses vor 200 Jahren festgeschriebenen Systems offerierten die jeweils unter verschiedenen Namen auftretenden zwei „Parteien“ – seit nunmehr gut 100 Jahren bekannt als „Republikaner“ und „Demokraten“ – den Wählern alle möglichen Identifikationsangebote symbolischer Art (ethnisch, religiös, regional), aber selten irgendwelche inhaltlich konkurrierenden Programme zur nationalen oder internationalen Politik. So hatten es in der Tat die Väter der amerikanischen Verfassung vorgesehen, denn für sie war es selbstverständlich, daß die Richtlinien der Politik nicht auf Veranstaltungen zur Disposition gestellt werden, an denen massenhaft Menschen teilnehmen dürfen, die sich bei ihren politischen Motiven möglicherweise von ganz anderen Motiven leiten lassen als von der Verfolgung des „nationalen Interesses“, wie es die „politischen Eliten“ definieren.

Selbstverständlich hatte dieses im Prinzip narrensichere System („das großartigste Kunstwerk der westlichen Hemisphäre“) seine historischen Friktionen, wie z. B. den Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Und es blieb auch nicht verschont von organisierten Versuchen der nicht-hegemonialen Klassen, in das „Zweiparteien-System“ entweder als „dritte Kraft“ einzudringen oder eine der beiden „Parteien“ durch eine („populistische“ oder sozialistische) Programmpartei mit Massenbasis zu verdrängen. Dies gelang jedoch im Unterschied zu Großbritannien, wo zu Beginn dieses Jahrhunderts die Labour Party die Liberalen als zweite große Partei aus dem Feld drängte, in den USA nicht. Die populistisch-sozialistische Mobilisierung gegen Ende des letzten Jahrhunderts führte in den USA statt zu einer nationalen Arbeiterpartei zu nichts weiter als zu einem Wieder-Entzug der Bürgerrechte für die Schwarzen des Südens und zu einer rhetorischen Neuorientierung der hegemonialen Klassen unter der Parole des „Progressivismus“ – im Ergebnis schließlich zu einer Festigung des Parteiengegensatzes auf der Grundlage *horizontaler Differenzen*, vor allem jene zwischen den ehemaligen „Rebellen-Staaten“ des Südens und den „Yankees“ im Norden, aber auch solche ethnischer oder religiöser Art. „Das Identifizierungsmuster (von Wählern und politischen Parteien), wie es in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts herausgebildet wurde“, schreibt Walter Dean Burnham, „markiert ganz klar den historischen Moment, an dem die Entwicklung in den USA begann, sich von den Entwicklungslinien vergleichbarer industrieller Länder abzusetzen. Sie wurde einzigartig . . . vor allem in einem Punkt: Ihre Grundstruktur war nicht mehr daran orientiert, den Wettstreit zweier Parteien zu ermöglichen, sondern im Gegenteil darauf, einen solchen

wirklichen Wettstreit von zwei Parteien gerade zu eliminieren – und zwar auf der nationalen wie auf der Ebene der Einzelstaaten.“³⁾

Gleichzeitig begann die aktive Beteiligung an den Veranstaltungen der politischen Demokratie zu sinken. Hielt sich die Wahlbeteiligung in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts noch durchaus auf der Höhe vergleichbarer europäischer Länder (bezogen auf die Zahl der wahlberechtigten Bürger), so sank sie seit der Jahrhundertwende kontinuierlich ab, um schließlich mit der „Red Scare“-Periode in den frühen 20er Jahren auf das Rekordtief von ca. 50% bei den Wahlen der (republikanischen) Präsidenten Coolidge und Harding zu fallen. Bei Wahlen zum Kongreß oder zu einzelstaatlichen, regionalen oder lokalen Gremien ist sie noch weitaus geringer. Burnham kommentiert: „Man ist geneigt zu vermuten, daß das gewaltige Loch in der Wahlbeteiligung, das sich nach 1900 auftut, ungefähr mit denjenigen Schichten der Bevölkerung korrespondiert, aus denen heraus sich ‚eigentlich‘ eine lebensfähige sozialistische Bewegung hätte entwickeln müssen, aber aus verschiedenen Gründen . . . sich nicht entwickeln konnte.“⁴⁾

Die Vormachtstellung der Demokraten

Wohl zu keiner Zeit herrschten die weißen, angelsächsisch-protestantischen Kräfte des „Corporate America“ unangefochtener als während jener Periode der 20er Jahre, in denen mit den fordistischen Massenproduktionstechniken gleichwohl die Grundlage für die internationale ökonomische Dominanz der USA in einer späteren Epoche gelegt wurde. Doch bevor dies geschah, änderte der auf die Große Krise folgende Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft zunächst die eingefahrene Parteien-Konstellation. Die zweite Generation der im Zuge der Industrialisierung massenhaft aus Europa eingewanderten, vornehmlich katholischen und jüdischen Arbeiter und Gewerbetreibenden in den großen Städten, die im Unterschied zu ihren Eltern das zivile Selbstbewußtsein zur Teilnahme am politischen Leben entwickelt hatten, machten praktisch geschlossen die Demokratische Partei und deren Präsidentschaftskandidaten zu „ihrer“ Sache – wohl weniger aus irgendwelchen positiven Gründen als einfach aufgrund der Tatsache, daß es sich hierbei um keine Republikaner handelte. Die von F. D. Roosevelt ursprünglich rein wahlkampfrhetorisch gemeinte Parole des „New Deal“, mit der er 1932 an die Macht kam, wurde von ihm nachträglich mit Substanz gefüllt, durch einige Arbeitsbeschaffungsprogramme und eine Reihe von gewerkschaftsfördernden Gesetzen; ein neuer rhetorischer Stil und eine rudimentäre Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen und Rechten der „kleinen Leute“ bildete sich heraus, aber auch eine für amerikanische Verhältnisse relativ ungewohnte Ausweitung der Aktivitäten des Staates gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft. Verglichen mit den 20er Jahren mußte nun das hegemoniale bürger-

3) Ebd., S. 109.

4) Ebd., S. 110.

lich-angelsächsische Establishment des „Corporate America“ in völlig ungeohnter Weise eine gewisse Mitsprache anderer, normalerweise problemlos dominierter gesellschaftlicher Kräfte zur Kenntnis nehmen und ertragen: hauptsächlich in Gestalt einer sich zunehmend effektiver organisierenden Gewerkschaftsbewegung und einer durchaus einflußreichen Gruppe von an gesellschaftlicher Planung interessierten „New Deal“-Intellektuellen.

Die Präsidentschaftswahlen von 1936 und 1940 brachten einen Beteiligungszuwachs von über 5% gegenüber 1932 und etablierten gleichzeitig die Demokraten als dominierende Partei bei Kongreßwahlen: ihre heterogene, aber gleichwohl zuverlässige Wählerklientel aus (sich regional-kulturell identifizierender) protestantisch-angelsächsischer Südstaaten-Bourgeoisie mitsamt ihrem rassistisch-kleinbürgerlichen Anhang und (an ethnisch-klassenmäßigen Emanzipation interessierten) überwiegend katholischen und jüdischen Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden aus den Industriezentren des Nordens war im „Normalfall“ praktisch nicht mehr zu schlagen.

Der Höhepunkt der „New Deal“-Koalition

Zweiter Weltkrieg und Kalter Krieg festigten – nach zwischenzeitlichen Schwierigkeiten – die Vormachtstellung der Demokraten. Vor allem der nach dem Krieg etablierte „Warfare-Welfare-State“, der wirtschaftliches Wachstum und einen daraus resultierenden hohen Beschäftigungsgrad durch Rüstungsausgaben und offensive Ausdehnung des internationalen Marktes gewährleisten wollte (und dies eine Zeitlang auch tat), wurde weitgehend identifiziert mit den Demokraten. Sie wurden damit auch zur „natürlichen“ Mehrheitspartei der „Pax Americana“-Periode (im allgemeinen Verständnis von 1945–1971, dem Jahr, in dem der Dollar vom Gold gelöst wurde). Die beiden Siege des Republikaners Eisenhower 1952 und 1956 widersprechen dem nicht, denn Eisenhower stand als ehemaliger Held des Zweiten Weltkrieges und NATO-Oberbefehlshaber für den „bipartisan consensus“ über die mit Truman begonnene Richtung, und im Kongreß blieben die demokratischen Mehrheiten stets erhalten. Die Wahl des Katholiken Kennedy zum Präsidenten 1960 geschah unter Beteiligung von 65% der wahlberechtigten Bevölkerung (seit her unerreichtet Nachkriegsrekord), zu einem Zeitpunkt, an dem das internationale Prestige und die relative Volksprosperität der USA sich auf ihrem Höhepunkt befanden. Wenn auch der Sieg Kennedys seinerzeit denkbar knapp war – seine irisch-katholische Herkunft und sein „liberales“ Image mobilisierten nicht nur Kräfte für, sondern auch Widerstand gegen ihn –, so kann man doch sagen, daß die mit ihm begonnenen acht Jahre, die ja bekanntlich von Lyndon Johnson zu Ende geführt wurden, auch den Höhepunkt der „New Deal“-Koalition bedeuteten. Mehr noch als unter Roosevelt selbst repräsentierten die USA der 60er Jahre das Bild eines modernen, auf kontinuierlichem wirtschaftlichen Wachstum beruhenden sozialliberalen Wohlfahrtsstaats. Es schien, als seien mit Kennedy/Johnson alle Verheißungen, die Roo-

sevelts „New Deal“ nur halbherzig zu realisieren versucht hatte, schließlich Wirklichkeit geworden.

Der Vietnamkrieg, begonnen und ausgedehnt im selben Geist des omnipotenten, gerechten und unschlagbaren „Amerika“, aus dem auch der Kennedy-Mythos sich speiste, änderte die Situation dramatisch. Lyndon Johnson, mit seinem Slogan von der „Great Society“ eher noch als Kennedy ein Nachfolger in der Tradition des „New Deal“ (der ja ein *innenpolitisches* Schlagwort war), endete als geschmähter Kindermörder („Hey, hey, LBJ, how many kids have you killed today?“) für die einen, als Zauderer und Versager für die anderen; sein großspurig verkündetes Programm zur Eliminierung der Armut in den USA hatte er schon lange vorher aufgeben müssen. Der Widerstand gegen den Krieg und die Einberufungen zum Kriegsdienst mobilisierten ein demokratisches Potential, das nicht nur in der unmittelbaren Anti-Kriegsagitation seine Betätigungsfelder fand. Parallel zu den meisten Ländern Westeuropas wurden die 60er Jahre auch in den USA eine Periode des kulturellen Wandels, der beginnenden Bewußtwerdung und gesellschaftlichen Emanzipation von Frauen und ethnischen bzw. „rassischen“ Minderheiten sowie generell eines neuen basisdemokratischen Mitbestimmungswillens. Die neue, genuin aus „dem Volke“ entsprungene Populärkultur des Rock 'n' Roll mit ihren Werten von Spontaneität, Antiformalismus und sozialer Sensibilität vereinte nahezu klassenübergreifend eine ganze Generation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht nur gegen den Krieg, sondern gegen die ganze überkommene Kultur des *mainstream*-Amerika.

Die „Krise der Demokratie“

Diese Friktionen in der bis dahin nahezu monolithisch konformistischen „Mittelklassen“-Nachkriegskultur der USA erregten keine geringe Besorgnis unter den politischen Eliten der USA. Traditionell „liberale“ Soziologen und Politikwissenschaftler, wie z. B. Daniel Bell und Seymour M. Lipset, die während der 50er Jahre das amerikanische Volk wegen dessen „Apathie“ in politischen Dingen noch eher sanft getadelt hatten und sich gern etwas mehr Pep im demokratischen Leben der Nation gewünscht hätten, äußerten nun plötzlich arge Befürchtungen über eine „Krise der Demokratie“, womit sie nicht etwa deren Institutionen oder Funktionsträger meinten, sondern eben jenes bislang so „unpolitische“ Volk, das nun mit den einzigartigen Freiheiten der „Demokratie“ nicht in genügend verantwortungsbewußter Weise umging⁵⁾. Unübertroffen in diesem Zusammenhang ist der tadelnde Verweis, den Samuel P. Huntington in (der von der Trilateral Commission in Auftrag gegebenen Studie über die) „Crisis of Democracy“ 1975 im Namen der internationalen Sozialwissenschaften an das amerikanische Volk richtete: „Ein Wertesystem (gemeint ist die „Demokratie“; d. Verf.), das sich normalerweise bewährt hat und an sich gut ist, wird nicht notwendig optimiert, wenn man es maximiert. . .

5) Siehe dazu Alan Wolfe, *Capitalism Shows Its Face: Giving Up on Democracy*, in: „The Nation“, 29. 11. 1975.

Die Demokratie wird ein längeres Leben haben bei einer gemäßigteren, ausgewogeneren Existenzweise.“⁶⁾

Wie schon 200 Jahre zuvor die Väter der amerikanischen Verfassung, deuteten nun die „verantwortungsethischen“ (i. e. machtnahen) politischen Denker des modernen Amerika an, daß der Begriff Demokratie auch eine negative, bedrohliche Bedeutungsnuance annehmen könne – in dem Fall nämlich, wo demokratische Großzügigkeiten gegenüber „dem Volk“ dieses dazu verleiten, in unkontrollierter und kurzsichtiger Weise die reibungslose Geschäftsführung der verantwortungstragenden „Eliten“ zu stören. Die amerikanische repräsentative Demokratie, die im Unterschied zu den parlamentarischen Demokratien Westeuropas von geradezu atavistischer Unstrukturiertheit sei, bedürfe – nach Ansicht ihrer staatstragenden Denker – zu ihrem Funktionieren in einem viel höheren Maße als vergleichbare andere Länder des *consensus rei publicae*, will meinen: einer „Anerkennung“ der in den offiziellen Dokumenten der amerikanischen Republik verschwiegenen Erwartung, daß die formelle Offenheit der demokratischen Prozeduren natürlich ihre – mal enger, mal weiter gezogenen – informellen Grenzen habe, falls diese Offenheit zu unerwünschten Resultaten führe. Mit einem Wort: die amerikanische Republik sollte entsprechend den Idealvorstellungen ihrer Verfassungsväter weiterhin eine plebiszitäre Oligarchie mit genuin demokratischen Spielelementen sein, in der ein unausgesprochener quasi-feudaler Konsens über die Hackordnung in der *res publica* zu bestehen hat – denn: wird dieser Konsens herausgefordert, gerät das System in eine Krise.

Doch die „neokonservative“ Totenbeschwörung hat ihre historische Grenze erreicht: Da das System nach wie vor bei Strafe der politischen Exkommunizierung darauf besteht, sämtliche Wandlungen des politischen Bewußtseins, sämtliche Neuformierungen sozialer Bewegungen und kollektiver Mentalitäten, sämtliche Ansprüche aus realen Veränderungen in den gesellschaftlichen Gewichtungen in die Kategorien einer fiktiven Alternative zwischen „Republikanern“ und „Demokraten“ zu übersetzen und nach den Spielregeln eines strikt personalisierten Mehrheitswahlrechts politisch umzusetzen, geraten reale gesellschaftliche Entwicklungen und politischer Regulierungsmechanismus zunehmend in Entfernung und Entfremdung voneinander; so ist, aller beschwörend verkündeten Behauptungen von einem „neuen Konsens“, einer Renaissance des „Glaubens“ der Amerikaner an sich selbst und an ihr Land zum Trotz, die allgemeine Lage vor den Präsidentschaftswahlen 1988.

Kandidaten als „politische Unternehmer“

Die (ursprünglich) insgesamt dreizehn Kandidaten der beiden großen Parteien, die sich für die Wahl '88 als Kandidaten angemeldet haben, sahen sich einer im Vergleich zu der Situation vor zwanzig Jahren erheblich veränderten

6) Michel Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki, Report of the Trilateral Task Force on the Governability of Democracies: The Crisis of Democracy, New York 1975, S. 68.

Situation gegenüber. Die Parteiorganisationen – sofern man von „Organisationen“ im europäisch verstandenen Sinn überhaupt je sprechen konnte – haben heute einen noch geringeren Einfluß auf die Kandidatenauswahl. Die in den späten 60er Jahren begonnene Demokratisierung des Vorwahlsystems – damals ein Versuch der linksliberalen Vietnamkriegsgegner um den Senator George McGovern, die „Parteimaschinerie“ der Demokratischen Partei (mit solchen Figuren wie dem damaligen Bürgermeister von Chicago, Daley, als Symbolträgern) zu entmachten – hat sich im Kontext des amerikanischen Systems als durchaus zweischneidiges Schwert herausgestellt. Zwar gelang es in der Tat, den Einfluß des Parteiestablishments weitgehend zu reduzieren, aber um den Preis einer noch größeren Fragmentierung und Kommerzialisierung, oder, anders gesagt, einer Stärkung der (informellen) ökonomischen Macht gegenüber der (organisierten) politischen Macht.

Kongreßabgeordnete wie Präsidentschaftskandidaten nähern sich immer mehr dem Status von „freien politischen Unternehmern“, die sozusagen ihr politisches Talent, ihr Charisma und ihre Erfahrungen gegen Höchstgebot auf dem Markt der Politik feilbieten. Die „Partei“ wurde noch stärker zur reinen Identifikationshülse, die sich der *Kandidat* wählt – einer umgekehrten Mitsprache der Partei ist praktisch die Basis entzogen. Faktisch spielt allein das individuelle Vermögen des Kandidaten bzw. die Finanzkraft seiner Sponsoren, mit der er Werbezeit im Fernsehen kaufen kann, eine Rolle. Für einen Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei bedeuten diese im formalen Sinn zweifellos demokratisierenden Reformen des Vorwahlmodus z. B., daß er im Unterschied zu den 50er und 60er Jahren heute nicht mehr auf die Zustimmung und Unterstützung der amerikanischen Gewerkschafts-Dachorganisation AFL-CIO angewiesen ist, um nominiert zu werden. Wer amerikanische Gewerkschaften zu kennen glaubt, mag hier einwenden, daß dies kein großer Verlust an demokratischer Legitimation sei, und das ist historisch sicher nicht unberechtigt – nur wurden hier Strukturen geschaffen, durch die sich eine möglicherweise wieder an Masse und demokratischer Substanz zunehmende Gewerkschaftsbewegung auf ihrem Weg zu politischer Mitbestimmung auf lange Zeit blockiert sehen wird.

Der „neue Kongreß“

Gleichwohl handelte es sich bei diesen Änderungen innerhalb des Systems während der letzten zwanzig Jahre keineswegs um den einseitigen Prozeß einer antidemokratisch gerichteten Anpassung. Der Status und das Selbstbewußtsein des Kongresses gegenüber dem Präsidenten sind gewachsen, und damit auch die Unabhängigkeit des Kongresses gegenüber der Regierungspolitik, vor allem in der Außenpolitik. Europäische Beobachter, die sich heute darüber erregen, daß der Kongreß nach langem Hin und Her schließlich einige Millionen Dollar für die nicaraguanischen Contras bewilligt, sollten sich daran erinnern, daß vor 24 Jahren die Golf-von-Tonkin-Resolution, die auf der Basis einer „getürkten“ Meldung über einen Angriff nordvietnamesischer Torpedo-

boote auf zwei amerikanische Zerstörer die Zustimmung der Volksvertreter für die unbegrenzte Ausweitung des Krieges in Südostasien („bis zum endgültigen Sieg“) einholen wollte, mit 88 zu 2 Stimmen im Senat und mit 416 zu 0 im Repräsentantenhaus verabschiedet worden war. Während der Zeit der Reagan-Administration dagegen waren es im wesentlichen die Haltung und der Druck des Kongresses, die den Präsidenten daran hinderten, auf den Philippinen bis zum Schluß alles zu tun, um den Diktator Marcos zu retten, und ihn nötigten, dem Apartheid-Regime in Südafrika zumindest verbal die kalte Schulter zu zeigen. Ohne den „neuen Kongreß“ – so kann man mit einiger Berechtigung vermuten – hätten die USA längst den Versuch unternommen, in Nicaragua militärisch zu intervenieren, wäre das SDI-Programm mit allen seinen verheerenden Konsequenzen für eine Politik des internationalen Ausgleichs unter säbelrasselnden Verlautbarungen implementiert worden. Auch der INF-Vertrag über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa kann mit gutem Recht dem durch den Druck des Kongresses beeinflussten politischen Klima zugeschrieben werden.

Engere Spielräume für den künftigen Präsidenten

Mit diesen Veränderungen des politischen Klimas und der Kräfteverhältnisse wird sich der neue Präsident der Vereinigten Staaten – ob es nun ein „Republikaner“ wird oder ein „Demokrat“ – auseinandersetzen haben. Die insgesamt 143 neuen, durchgehend jüngeren Kongreßmitglieder, die seit der Nixon/Ford-Administration gewählt worden sind (und zu denen noch in diesem Jahr etliche weitere hinzukommen werden), sind überwiegend Angehörige der Vietnamgeneration. Auch wenn sie in den 60er Jahren als Studenten nicht selbst an rebellischen oder „bewußtseinserweiternden“ Handlungen teilgenommen haben, so bringen sie doch wesentliche Erfahrungen und Mentalitätsprägungen mit, die auch bei ansonsten erklärtem „Konservatismus“, etwa in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, keineswegs einfach als irrelevante Jugendeindrücke abgetan werden sollten. Das „Vietnam-Syndrom“ – Klarschrift: die Abneigung, für „die Interessen“ bzw. die „Verteidigung“ der Vereinigten Staaten außerhalb ihres Territoriums längerdauernde Kriege zu führen und dabei auch Bodentruppen einzusetzen – wird von der überwiegenden Mehrheit der neuen Kongreßmitglieder, ganz besonders der jüngeren, im wesentlichen geteilt. Auch der nächste Präsident darf kaum darauf hoffen, daß sich dies in absehbarer Zeit ändert, daß er auch nur annähernd die nahezu absolute außenpolitische Blankovollmacht der „Imperial Presidency“ aus den 60er Jahren wiedererlangen kann. Er muß, ob er will oder nicht, und wenn der Druck seiner Berater aus der „strategic community“, die weiterhin in gewohnter Weise geopolitische Macht projizieren wollen, noch so stark ist, dem fest etablierten Anti-Interventionismus in der Bevölkerung *und* im Kongreß Rechnung tragen. Unter diesen Umständen wäre es für den Prozeß der weltweiten Entspannung und Zusammenarbeit vielleicht sogar förderlicher, wenn ein Republikaner die Wahl im November gewinnen würde. Ein solcher nämlich –

Dole eher noch als Bush – könnte mit geringeren innenpolitischen Friktionen das außenpolitisch Notwendige für den auch aus ökonomischen Gründen unvermeidlichen Rückzug des Imperiums tun, wohingegen „liberalen“ Demokraten – etwa Dukakis oder Gephardt – aufgrund ihres Etiketts als Repräsentanten der angeblichen Partei der „kleinen Leute“ immer zugetraut werden muß, daß sie aus Gründen der Beschwichtigung nach rechts außenpolitische Reputation als „unerschrockene Amerikaner“ suchen und aus Furcht vor „Gesichtsverlust“ sich auf ausgedehntere militärische Abenteuer einlassen könnten, auch wenn sie sich vor der Wahl noch so anti-interventionistisch geben. (Zur Illustration: Kein demokratischer Präsident etwa hätte es sich leisten können, sich derart geräusch- und bedingungslos mit seiner „Friedenstruppe“ aus dem Libanon zurückzuziehen, wie das der Republikaner Reagan getan hat; einen Jimmy Carter etwa hätte die chauvinistische Rechte als „Kapitulanten“ in der Luft zerrissen!)

Auch im innen- bzw. wirtschaftspolitischen Bereich werden für den nächsten Präsidenten die Sachzwänge weitaus größer sein als der Spielraum für souveräne Entscheidungen. Dringendstes Problem ist natürlich das Defizit im Bundeshaushalt. Es besteht eine „überparteiliche“ Einigkeit darüber, daß die Ausgabenpolitik Reagans in keinem Fall weitergeführt werden kann. Laut Umfragen unter der wahlberechtigten Bevölkerung gibt es aber nur zwei Bereiche, in denen eine Mehrheit Ausgabenkürzungen akzeptieren würde: der eine ist der Militärbereich, der andere sind die Renten (Social Security) für solche Ruheständler, die noch über genügend Einkommen aus anderen Quellen verfügen⁷⁾. In Wirklichkeit werden auch direkte und indirekte Steuererhöhungen nicht zu vermeiden sein, und gesucht wird ein rhetorisch überzeugender, geradewegs mit demagogischen Gaben gesegneter Präsident – einer, der – wie vor gut einem halben Jahrhundert Franklin D. Roosevelt – dem amerikanischen Kapitalismus wieder zu einer größeren Akzeptanz außerhalb der sogenannten „middle class“, des Amerika der Country Clubs, Rotarier und Chambers of Commerce verhilft, aber zugleich von jenen nicht sofort als „Verräter an seiner Klasse“ verbellt wird; etwa, wenn er Abstriche an den Programmen des „Wohlfahrtsstaats“ vorzunehmen wagt, die eben dieser „middle class“ zugute kommen und die Ronald Reagan praktisch unangetastet gelassen hat. Mit anderen Worten: der Niedergang der Produktivität des amerikanischen Kapitals im Vergleich zu seinen internationalen Konkurrenten hat einen Punkt erreicht, an dem um die Legitimation des Systems willen nicht länger bloß den Armen und Entrechteten, die in der Regel auch an Wahlen nicht teilnehmen, Opfer zugemutet werden dürfen. „Unpopuläre“ Maßnahmen – also solche, die auch den politisch sich zu Wort meldenden Teil der Bevölkerung treffen – werden sich in der nächsten Präsidentschaftsperiode kaum vermeiden lassen, denn auch die virtuelle Zwangsbesteuerung der Verbündeten durch Hochzinspolitik – d. h. die Abschöpfung von disponiblen Kapital aus den produktiven

7) „Newsweek“, 23. 11. 1987, S. 26.

Ländern in ein Amerika, das damit seinen überhöhten Verbrauchsstandard trotz sinkender Produktivkräfte weiter aufrechterhält – wird sich angesichts der Ost-West-Entspannung keineswegs wiederholen lassen.

Welcher der offiziell im Rennen gebliebenen 10 Kandidaten – die Republikaner Bush, Dole, Robertson und Kemp, die Demokraten Dukakis, Jackson, Gore, Gephardt, Simon und Hart – wäre in der Lage, eine derartige Aufgabe zu erfüllen? Es fällt schwer, sich einen von diesen in einer wie oben skizzierten historischen Rolle vorzustellen. Von allen Kandidaten hatte es bislang allein der inzwischen zurückgetretene Babbitt gewagt, für konkrete Opfer auch der „Mittelklasse“ zur Sanierung des Staatshaushalts einzutreten, und zwar mit durchaus überraschendem Erfolg⁸⁾. Während bei den Republikanern klar zu sein scheint, daß die Kandidatur entweder Bush oder Dole zufallen wird, ist die Lage bei den Demokraten, der eigentlich „normalen“ Mehrheitspartei, sehr unübersichtlich. Die amerikanische Presse sprach von den demokratischen Kandidaten (in der ursprünglichen Konstellation) als den „sieben Zwergen“. An der Berechtigung dieser Charakterisierung ändert sich auch nichts, wenn man in Rechnung stellt, daß dabei ein gehöriges Maß „wishful thinking“ mit im Spiel ist, was den Kandidaten Jesse Jackson betrifft.

Jackson ist sicher mit Abstand der charismatischste aller Kandidaten und – gemessen am Aktivismus und dem Engagement seiner Anhänger – sicherlich eher ein politischer Riese. Auch ist er in seiner Rhetorik – trotz mancher überraschender Zugeständnisse an die Vorstellungen und Werte des „mainstream“-Amerika (als einziger aller demokratischen Kandidaten äußerte er ausdrücklich seine Besorgnis über „den Kommunismus“ in Nikaragua!⁹⁾) – bei weitem der einzige, der seinen Zuhörern ansatzweise so etwas wie die Vision einer besseren, gerechteren und vernünftigeren Welt glaubhaft vermitteln kann. Doch zum Kandidaten werden kann er nur, wenn er über die Unterstützung der Afroamerikaner hinaus auch Teile anderer Minoritäten und der weißen „middle class“ für sich gewinnen kann. Je mehr sich aber Jackson bemüht, diesmal nicht als Minderheiten-, sondern als „mainstream“-Kandidat aufzutreten, der nur zufällig persönlich einer Minderheit angehört, desto mehr gerät er in Gefahr, sich gerade von den politisch engagiertesten nicht-afroamerikanischen Kräften der „Rainbow Coalition“ zu entfremden. Sie sehen in ihm zunehmend jemanden, der Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung nicht grundsätzlich, sondern nur als rassistisch sortierte aus der Welt schaffen will: sein politisches Ziel sei ein „farbenblinder“ Kapitalismus, in dem der Anteil der afroamerikanischen „General Motors“-Autohändler mindestens dem Anteil der Afroamerikaner in der Gesamtbevölkerung entspricht¹⁰⁾.

Ob dies nun zutreffend ist oder nicht, sei hier dahingestellt – unleugbar jedoch ist, daß Jackson in keinem Fall eine Chance haben wird, im Sommer als demo-

8) „Newsweek“, 18. 1. 1988, S. 18.

9) „Newsweek“, 14. 12. 1987, S. 37.

10) Siehe dazu Mary Summers, *The Front Runner*, in: „The Nation“, 28. 11. 1987, S. 621–32.

kratischer Kandidat für das Präsidentenamt bestimmt zu werden. Selbst wenn es ihm gelingen sollte, eine Mehrzahl der Delegierten auf dem Konvent für sich zu verpflichten (was unwahrscheinlich ist), dürfte das Partei-Establishment unter dem Vorsitzenden Paul Kirk stark genug sein, um seine Kandidatur zu verhindern. Zum Beispiel dadurch, daß der eigentliche Traumkandidat des Establishment, der Gouverneur des Staates New York, Mario Cuomo, kurz vor Toresschluß noch ins Rennen geworfen wird. Angesichts der Qualität bzw. der geringen Medienwirksamkeit der übrigen weißen Kandidaten wäre ihm die Nominierung kaum streitig zu machen. Und völlig ausgeschlossen erscheint es nicht, daß Cuomo dann – um dem Verdikt zu entgehen, nur deswegen noch in letzter Minute eingestiegen zu sein, um den schwarzen Kandidaten zu stoppen – mit einem „running mate“ (Vizepräsidentenskandidaten) Jesse Jackson sich den Wählern im November präsentieren könnte. In diesem unwahrscheinlichen Fall wäre zwar kaum ein Sieg des demokratischen Kandidaten, wohl aber eine Rekord-Wahlbeteiligung zu erwarten.

Der „Reaganismus“ ist ausgereizt

Als Fazit all dieser Überlegungen ergibt sich zweierlei: erstens, der „Reaganismus“ als eine bis an die Grenzen des Tragbaren gehende Form der Bestandssicherung von seiten der hegemonialen Klasse des „Corporate America“ ist ausgereizt und nicht länger zu gebrauchen; auch ein republikanischer Präsident wird innen- und sozialpolitisch die Politik des ehemaligen Schauspielers und „Großen Kommunikators“ nicht ungebrochen weiterführen können. Umgekehrt werden beim Sieg des demokratischen Kandidaten die Revisionen der bisherigen Politik keineswegs so groß sein, wie sich das vielleicht in Europa manche Leute vorstellen. Besonders die Vorstellung – in linken Kreisen hierzulande weit verbreitet – ein demokratischer Präsident würde sofort alle Hilfe für die nicaraguanischen Contras einstellen, demonstrativ dem SDI-Projekt entsagen und sämtliche Privatkriege und „verdeckten Aktionen“ der Central Intelligence Agency verbieten, entbehrt jeder realistischen Grundlage. Sie denkt an den tatsächlichen Strukturen des amerikanischen Systems vorbei. Erst vor knapp zwei Monaten hat die, wohlgemerkt, überparteiliche „Commission on Integrated Long-Term Strategy“ mit der Veröffentlichung der Studie „Discriminate Deterrence“ eindrucksvoll bewiesen, daß für das Denken der außenpolitischen Entscheidungseliten der USA nach wie vor das Paradigma des bipolaren Nullsummenspiels gilt, in dem „der Westen“ gegen den „sowjetischen Expansionismus“ um jeden Meter Boden kämpfen und wie eh und je die Behauptung der westlichen Sache wesentlich durch die Mittel militärischer Machtprojektion in allen Winkeln der Erde durchgesetzt werden müsse. Man ist bereit zu Einflußeinbußen gegenüber Westeuropa, deren Anfänge zu Zeiten Kennedys noch mit geradezu hysterischer Aufgeregtheit registriert wurden – vorausgesetzt, die Westeuropäer füllen das militärische „Machtvakuum“, das ein abziehendes Amerika in Europa tendenziell zurücklassen

wird, mit adäquaten Eigenmitteln, unabhängig in der Exekution, brüderlich im Geiste.

Wer sich in Europa vorstellt, daß z. B. die Demokraten Jesse Jackson, Dukakis oder gar Mario Cuomo zumindest theoretisch – also vor den Kompromißzwängen realer Politik – eine davon abweichende Vorstellung internationaler Politik pflegen, wird möglicherweise schwer enttäuscht werden. Nach wie vor werden es vor allem das veränderte internationale Kräfteverhältnis, die ökonomischen Sachzwänge und das anti-interventionistische „Vietnam-Syndrom“ großer Teile des amerikanischen Volkes und des Kongresses, weniger die Weitsicht seiner politischen Führer sein, die eine weitere Anpassung der amerikanischen Geopolitik in den 90er Jahren erzwingen werden. Auf die ersten drei Faktoren allerdings kann man sich getrost verlassen.

Die verlorene Unschuld – Umweltpolitik und Gewerkschaften

Von Karin Roth

Die ökologische Krise hinterläßt vielfältige Spuren. Während sich die Umweltskandale häufen und das globale Ausmaß der Umweltgefährdung zunehmend öffentlich sichtbar wird, verstecken sich die Verursacher der Umweltbelastungen hinter Markt- und Wettbewerbszwängen. Eine schnelle Umkehr – hin zu einer umweltverträglichen Produktion und einem umweltfreundlichen Konsum – erscheint weder machbar noch ist sie, trotz aller Bekenntnisse, gewollt. Gefragt sind umweltpolitische Reparaturmaßnahmen am Krankenbett der Patientin „Natur“ ohne die bisherige Fortschrittslogik zu hinterfragen. In den letzten fünfzig Jahren wurden Tausende von neuen chemischen Verbindungen in die Umwelt abgegeben, ohne sich vorher zu überlegen, daß diese Chemikalien die natürlichen Systeme tiefgehend schädigen könnten.

Die Schizophrenie der Lage ist manifest. Während Wissenschaftler prognostizieren, daß – sofern der Anstieg an Kohlendioxid nicht gestoppt und ein Rückgang umgehend eingeleitet wird – mit einer Erhöhung der Welttemperatur